

STADT WEHR

Bebauungsplan Breitmatt-Klosterhof

2. Änderung

SATZUNG

über die Änderung des Bebauungsplanes "Breitmatt-Klosterhof"

Nach § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253), § 73 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 28. November 1983 (GBl. S. 770), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 03. Oktober 1983 (GBl. S. 577), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 18. Mai 1987 (GBl. S. 161), hat der Gemeinderat der Stadt Wehr am 27. August 1991 die Änderung des Bebauungsplanes "Breitmatt-Klosterhof" als Satzung beschlossen.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Für den räumlichen Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung ist der Lageplan vom 28.01.1991 maßgebend.

§ 2

Bestandteile der Satzung

Die Bebauungsplanänderung besteht aus

1. Lageplan vom 28.01.1991
2. Begründung vom 07.02.1991

angezeigt am

09. SEP. 1991



LANDRATSAMT WALDSHUT

§ 3

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 74 LBO handelt, wer den aufgrund von § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 73 LBO getroffenen Vereinbarungen des Bebauungsplanes zuwiderhandelt.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Bebauungsplanänderung tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung nach § 12 BauGB in Kraft.

Wehr, den 09. September 1991



Bürgermeister

I.V. 
Beigeordneter

BEGRÜNDUNG

für die Änderung des Bebauungsplanes "Breitmatt-Klosterhof" (2. Änderung)

Für den unbebauten Bereich zwischen Breitmattstraße und Todtmooser Straße wurde die Durchführung einer Baulandumlegung beschlossen. Bei der Bearbeitung des Umlegungsverfahrens wurde festgestellt, daß der ausgewiesene Wendehammer am Ende der Gutenbergstraße zu einer unzweckmäßigen Grundstücksgestaltung führt und eine Änderung des Bebauungsplanes notwendig macht. Gleichzeitig sollen weitere notwendige Änderungen in das Verfahren einbezogen werden.

Die Änderung umfaßt

1. Änderung des Wendehammers,
2. Herabsetzung der Straßenbreite der Gutenbergstraße von 5,50 m auf 5,00 m,
3. Ausweisung eines Leitungsrechtes für die Kraftübertragungswerke Rheinfelden auf den Flurstücken Nr. 20/3 und 21,
4. Festsetzung einer zwingenden Grenzbebauung auf den Flurstücken Nr. 18 und 19 sowie 6258 und 6259/2, damit die ausgewiesene Bebauung realisierbar ist.

Wehr, den 07. Februar 1991



I. V. *[Signature]*
Beigeordneter

angezeigt am 0 9. SEP. 1991



LANDRATSAMT WALDSHUT